

Vor unseren Augen zerbröckelt eine Weltordnung. Sie zerfällt ohne einen Hauch von Tragik. Ihr fehlte jeder Zug zur Größe, in ihr wirkte keine schöpferische Regung, sie war ein ungeliebtes Gefüge – der Friedensordnung nach dem Sturz Napoleons vergleichbar, auf die sich ihre Ideologen und Strategen beriefen, ohne die Parallele freilich bis zum Ende auszuziehen.

Der Friede, den die Weltordnung nach 1945 mehr erzwang als stiftete, hielt die Völker Europas unter einer Dunstglocke, in der ihre Identitäten zu ersticken drohten. Er schürte nationale Streitfragen, indem er ihre Lösung unterband. Er häufte sozialen Konfliktstoff an, weil die herrschenden Klassen im Genuß ihrer wachsenden Privilegien Gespür und Gewissen verloren. Seine Träger erstarrten mit der Unterdrückung abweichender Ideen bis zur Reformunfähigkeit. Zuletzt war diese Weltordnung verhaßt, unerträglich. So wie damals . . .

Die Heilige Allianz der legitimistischen Regime Europas zerschellte im Revolutionszyklus von 1848/49 nach 33 Jahren. Die Unheilige Allianz von Liberalismus und Kommunismus, die Europa der russisch-amerikanischen Doppelhegemonie unterwarf, verlor ihre Herrschaftsevidenz nach 44 Jahren – im Zuge revolutionärer Bewegungen, die ihrer zyklischen Abrundung noch harren. Die raumfremde Hegemonie war plötzlich verbraucht. Die Russen und die Amerikaner hatten sich schachmatt gerüstet. Not und Bedarf im Lande der Supermächte wurden akuter als die Erfordernisse ihrer imperialistischen Raison.

Als Reagan und Gorbatschow sich 1987 in Reikjavik trafen, mochten sie noch gedacht haben, es ließen sich die Risiken des Abbaus ihrer unhaltbaren Präsenzen mittels gegenseitiger Schadensbegrenzung niedrig halten. Es traten dabei nur die Risse hervor, die ihre Wiederannäherung motiviert hatten.

Die Unruhen in den sowjetischen Randrepubliken, in denen sich Autonomieforderungen und Sezessionswünsche erhoben, rüttelten am Gebälk, die Machtverschiebungen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien, bei denen die Kommunisten ihre führende Rolle einbüßten, an den Fundamenten der sowjetischen Supermacht. Solange die amerikanische Supermacht indessen daraus keine politischen und militärischen Vorteile zöge, wäre die Doppelhegemonie, wenn auch krisengeschüttelt, nicht in Frage gestellt. Das hätten selbst die rumänischen Blutbäder nicht vermocht.

Es bedurfte dazu eines deutschen Anstoßes. Als die Dynamik der Ereignisse, wie das im Kreml beschönigend heißt, die DDR erfaßte und der Gedanke einer neuen deutschen Einheit die Bevölkerung allmählich ergriff, enthüllte die Nachkriegsordnung die Verfassung ihres Endes mit unappellabler Gebärde.

Daß die innerdeutsche Grenze der empfindlichste Berührungspunkt der zwiefachen Hegemonie ist, war ein Grund dafür. Es wurde den Deutschen deshalb eine besondere Friedenspflicht eingehämmert. Daß nach dem Prager Umsturz keine zuverlässige Landverbindung mehr zwischen Ostberlin und Moskau bestand und die zwanzig hochgerüsteten, stets sprungbereiten russischen Divisionen auf deutschem

Boden sich in einer abgeschnittenen Position sahen, war ein anderer. Welch aufreizende Situation!

Der wichtigste Grund lag jedoch im Wesen und im Zweck des Status quo selbst – wie die Nachkriegsordnung mit mehr Recht bezeichnet wurde, als es ihre Verschleierungsaufgabe heischte. Die Deutschen begannen erst an seinem Ende, den Status quo zu verstehen, was er war und was er nicht war. Sie sollten das eigentlich verstehen dürfen.

Der Status quo war nicht das unvorhergesehene Intermezzo, das zwischen dem Abschluß der militärischen Handlungen am Ausgang des Zweiten Weltkrieges und der friedensvertraglichen Konstitution einer neuen Weltordnung entstand. Er wurde als Intermezzo ins Spiel gebracht, damit das geteilte deutsche Volk auf seine Einheit wie Godot mit selbstmörderischer Geduld warte. Ein Friedensvertrag war nicht vorgesehen. Der Status quo mit der deutschen Teilung war die neue Friedensordnung.

Alle wußten es. Nur die Deutschen wußten es nicht. Die Alliierten verwandelten eine deutsche Tugend in ein Laster: Sie führten uns mit der Legalität bis zur Selbstpreisgabe an der Nase herum.

Alles, was sich auf den Gebieten des Deutschen Reiches nach 1945 entwickelt und herangebildet hat, folgte in großen Zügen einem Planspiel, das im ersten Jahr des Kriegseintrittes der USA im Washingtoner State Department ersonnen wurde. Die amerikanischen Planer entwarfen 1942 für die Zerstückelung des Reiches drei Etappen: eine erste, in der das Reich besetzt, eine zweite, in der die Besatzungszonen in deutsche Neubildungen übergeleitet werden sollten, und eine dritte, die eine „eventuelle Aufhebung der Zerstückelung“ nicht ausschloß, aber die Tendenz begünstigte, daß „sich während dieser Zeitspanne die ganze Orientierung der deutschen Bevölkerung ändern könnte.“ Garantie für eine Teilung auf Dauer böten am besten „drei deutsche Staaten“ mit „ausreichender Stärke und Prosperität“. (Vgl. John H. Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, C. H. Beck Verlag, München 1981, S. 24 ff.).

Die Alliierten hatten zuviel aus Versailles und St. Germain gelernt, um ihr Kriegsziel noch mit einem neuen Diktatfrieden erreichen zu wollen, dessen noch größere Schmach die Deutschen nur in eine noch größere Erhebung treiben müßte. Sie bereiteten sich darauf vor, das Deutsche Reich durch die Hintertür zu teilen: durch die normative Kraft des Faktischen, durch Eigengewicht und Eigengesetzlichkeit der Teilstaaten, deren begrenzte Souveränität verhindern sollte, daß einer von ihnen mächtig genug würde, um als deutsches Piemont das Reich wiederherzustellen.

Der Ausgangspunkt war die Formel von der „bedingungslosen Kapitulation“, die Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca einführte und Churchill dahingehend interpretierte, daß sie den Siegern freie Hand gäbe und den Deutschen keine Rechtsgrundlage ließe. Im August 1943 einigten sich Roosevelt und Churchill in Quebec, den Zweiten Weltkrieg ohne Friedensvertrag zu beenden. Dem folgte Stalin in seinem Konzept, vollendete Tatsachen zu schaffen, wie er es 1944 Djilas sagte: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit. Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein

eigenes System auf.“ Stalins schöpferischer Beitrag zu diesem Völkerrecht neuen Typus war auf der Konferenz von Teheran im November 1943 die Idee, die deutschen Teilstaaten durch Integration in die neuen Machtblöcke zu binden und gegen sie „wirtschaftliche und andere Maßnahmen und, falls erforderlich, Gewalt anzuwenden, um ihre Wiedervereinigung und Erneuerung zu verhindern.“

Die erste Etappe eröffnete die Zerstückelung des Reiches durch Einrichtung von Besatzungszonen. Die Besatzungsmächte setzten in ihnen politische und wirtschaftliche Strukturveränderungen nach ihren Absichten durch, aus denen als deutsche Neubildungen die drei Teilstaaten BRÖ, BRD und DDR hervorgingen.

Die früheste Neubildung trug noch handfeste Spuren des alliierten Eingriffs. In der Unabhängigkeitserklärung der zweiten Wiener Republik vom 7. April 1945 hieß es unter Verweis auf die Außenministerkonferenz vom Oktober 1943 in Moskau: „Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kamen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß. Sie betrachteten den Anschluß, der Österreich am 15. 3. 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig . . .“ (Im Staatsvertrag von 1955 mit dem Anschlußverbot sollte dann die Wiener Regierung die „immerwährende Neutralität“ Österreichs „aus freien Stücken“ erklären).

Im Grundgesetz Bonns war 1949 der alliierte Eingriff nur noch vermittelt zu spüren; dadurch z. B., daß es den Hohen Kommissaren zur Genehmigung, aber nicht dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde. (Inwieweit des GG dem Verfassungsentwurf entsprach, der 1942 im Washingtoner State Department für diesen Fall ausgearbeitet worden ist, bedarf noch der Aufklärung).

Die zweite Etappe diente der Befestigung der deutschen Neubildungen und ihre Absicherung durch eine Kette von Verträgen, die in ihrem Zusammenhang einen Ersatzfriedensvertrag bedeuteten. Die Stabilisierung lief nach Louis Nizers Planspiel von 1944 „What to do with Germany?“ ab, das auf zwei Hauptgedanken beruhte: auf einer Umerziehung der Deutschen durch sich selbst und einen raschen Wohlstand, um sie von nationalen Gefühlen und Zielen abzulenken. Die vertraglichen Absicherungen setzten mit dem Deutschland-Vertrag ein, in dem sich die Westmächte der BRD gegenüber die Verantwortlichkeit in bezug auf Deutschland als Ganzes vorbehielten. Sie gestatteten den Deutschen gerne, daß diese sich einredeten, die Westalliierten seien damit eine Verpflichtung zur Wiedervereinigung eingegangen. Im Jahre der Ratifizierung, 1955, handelte der „Intelligence Report No. 6993“ der US-Regierung von „ehrenrettenden Auslegungen“, mit denen die Bonner Regierung vor dem Volke „das Gesicht wahren“ würde. Die Alliierten haben den Wiedervereinigungsvorbehalt nie anders gesehen als eine Sperrklausel gegen eine neue deutsche Einheit. Eine militärische Sperrklausel war der Atomsperrvertrag, über den der sowjetische Außenminister Gromyko gesagt hatte, ihn interessiere daran nur die deutsche Unterschrift. Eine völkerrechtliche Sperrklausel war das Vertragswerk der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) von Helsinki 1973, das die europäischen Nachkriegs-

grenzen sanktionierte. In diesem Rahmen sind die Ostverträge von 1970 zu sehen, mit denen Bonn den Raub des deutschen Ostens und die deutsche Teilung anerkannte – da facto, wie „ehrenrettende Erklärungen“ versicherten – nach dem machiavellistischen Erschleichungsprinzip, unter dem das Völkerrecht nach 1945 verkam, aber auch de jure. So fesselten die Alliierten die Deutschen: schwerer, schien es, waren selbst die Ketten nicht, mit denen in der mythischen Antike Zeus Prometheus an den Felsen schmieden ließ.

In der dritten Etappe der Zerstückelung des Reiches mußte sich zeigen, ob sich die ganze Orientierung der deutschen Bevölkerung so geändert hatte, daß sie von sich aus die Teilung aufrechterhalten würde. Dieses maximale Kriegsziel schien erreicht, als unter dem sozialdemokratischen Kanzler Helmut Schmidt über jene besondere Friedenspflicht die Erhaltung des Status quo zur Staatsraison Bonns avancierte. War das die Akzeptanz der Teilung? Der CDU-Kanzler Kohl übernahm jedenfalls diese Staatsraison. Und was Helmut Schmidt auf der Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises im Dezember 1984 in Rom sagte, die Deutschen bedürften des Nordatlantischen Bündnisses nicht nur zu ihrem Schutz, sondern auch zu ihrer Zügelung, wurde von Franz Josef Strauß bekräftigt. Niemand erregte sich über solche Entäußerungen; im Gegenteil – in der Bevölkerung wuchs die Zahl der Zustimmungen, die das auch für richtig hielten.

Die Zeit war reif, so sah es aus, um die verdeckten Strategien offen zu legen. Den Auftakt schlug zu Beginn der achtziger Jahre der amerikanische Politikwissenschaftler David Calleo, als er in seinem Aufsatz „Deutschland und das Gleichgewicht der europäischen Mächte“ (in: W. Hanrieder/H. Rühle, Im Spannungsfeld der Weltpolitik – 20 Jahre deutsche Außenpolitik, Stuttgart 1981) schrieb: „Das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent ist heute abhängig von der dauerhaften Teilung Deutschlands, während für das globale Gleichgewicht das Verbleiben jedes der beiden (!) Teile Deutschlands im Einflußbereich der jeweiligen Supermacht erforderlich ist.“ Das wirkte wie ein Schock, doch mit heimtückischen Gewöhnungseffekten. Als Fritz Stern von der Columbia University am Tag der deutschen Einheit, dem 17. Juni 1987, im Bundestag die deutsche Teilung als „Erlösung von der Größe“ feierte, hatten die Deutschen das Gleichgewicht schon so verinnerlicht, daß sie keinen Hauch ihrer Würdelosigkeit verspürten. Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, griff das Wort auf, indem er die Nachkriegszeit als „Zwangsstillegung der deutschen Nationalstaatsgeschichte“ definierte und sie als Erlösung pries. Man konnte bald zynischer werden. Anfang 1989 plauderte die „Washington Post“ aus, der westdeutsche Staat sei auf die Fiktion gegründet, daß die westlichen Besatzungsmächte das Ziel der Wiedervereinigung teilten. Der Kommentator Jim Hoagland nannte das eine „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ und folgerte daraus: „Die Deutschen wissen in ihrem Innern, daß die westlichen Nationen sich mit der Sowjetunion darüber einig sind, eine Politik zu entwerfen, die sichert, daß Deutschland nie wieder vereinigt werde und zum Beherrscher Europas aufsteigen könne wie in der Vergangenheit. Aber sie müssen so tun, als dächten sie anders . . . Dreiste Unwahrheiten zu sagen, von denen jeder vorgibt, sie zu glauben, ist ein akzeptiertes Muster des politischen Verhaltens in Westdeutschland geworden.“ Die „Frankfurter Allgemeine“,

die am 28. Januar 1989 darüber berichtete, fragte entgeistert: „Ist Bonn eine Lügenrepublik?“ Den historiographischen Schlußstrich zog im Herbst 1989 Wolfram Hanrieder in seinem Buch „Germany, America, Europe“, das, in der Yale University Press erschienen, die amerikanische Nachkriegspolitik als die Politik eines Doppelcontainments darstellte, einer Eindämmung der Russen und einer Eindämmung der Deutschen.

Die Bonner Politiker stimmten in diesem Jahrzehnt sukzessiv in diese Tonart ein. Schon während der Bundestagsdebatten über die Ostverträge hatte Walter Scheel die Vertragsgegner als „heimatlose Nationalisten“ verhöhnt. Auf der Schwelle zu den achtziger Jahren empfahl Kohl den nationalen Deutschen, sich medizinisch behandeln zu lassen. Das Prinzip der staatlichen Einheit fiel lautlos unter den Tisch. Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher gewöhnten sich daran, von der Wiedervereinigung als von der Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland zu reden. Hatte es in den fünfziger Jahren in Bonn noch Politiker gegeben, die das Spiel mit den Deutschen nicht durchschauten, mochten sich in den sechziger Jahren etwelche noch gedacht haben, es zu unterlaufen, um in den siebziger Jahren seufzend zu Kreuz zu kriechen, bestritten in den achtziger Jahren die Bonner Szene nur noch Figuren, die das alliierte Spiel überzeugt mitmachten. Ist es demagogisch, Politiker, die hinter ehrenrettenden Erklärungen, bzw. dreisten Unwahrheiten als ihr Hauptgeschäft Handlangerdienste zur Eindämmung des eigenen Volkes betreiben, Lügner und Landesverräter zu nennen?

War es noch nötig, daß um die Mitte der achtziger Jahre von West und Ost aus eine lang anhaltende Kampagne gegen revanchistische Gelüste über Bonn hereinprasselte? Wollte man die letzten Zuckungen einer Gegenwehr tilgen? Oder traute man dem schönen, allzu schönen Schein nicht? Schließlich hatte das Planspiel des State Department von 1942 auch mit der Möglichkeit gerechnet, daß sich die ganze Orientierung in der Bevölkerung nicht mit der Teilung zufriedengeben würde; und auch Stalin, der weise Bannerträger des Integrationsgedankens hatte 1943 in Teheran bezweifelt, ob eine Vereinigung Deutschlands für immer auszuschließen sei.

Jedenfalls bildeten sich gerade in diesen achtziger Jahren Ansätze zu einer Renaissance nationalen Denkens in Westdeutschland und Österreich aus, welche die Skepsis der Alliierten, ob sich ihr Kriegsziel wirklich durchsetzen ließ, bestätigten. Es begann mit der „Geschichte der Deutschen“ von Hellmut Diwald, deren Erscheinen 1979 in der „Frankfurter Allgemeinen“ einen Ruf nach Einstampfung auslöste. Hans-Joachim Arndts „Besiegte von 1945“ wurde von der betroffenen Zunft der Politikwissenschaftler noch erbittert bekämpft. Was dann folgte – „Mut zur Macht“ von Heinrich Jordis von Lohausen, „Wo bist du – Deutschland?“ von Gottfried Dietze, „Der nationale Imperativ“ von Hans-Dietrich Sander, „Die deutsche Nation“ von Bernard Willms, „Deutsche Empfindungen“ von Hartmut Lange, „Österreich und die deutsche Nation“ von Andreas Mölzer, „Die Endlösung der deutschen Frage“ von Robert Hepp bis hin zur „Erneuerung aus der Mitte – Prag Wien Berlin“ von Paul Kleinewefers und Bernard Willms – wurde totgeschwiegen oder bagatellisiert. Was in die lizenzierte Pluralität einbrach, wurde schnell aus

dem öffentlichen Meinungsverkehr entfernt. Daß trotzdem etwas in Bewegung geraten war, verriet die „Reden über das eigene Land“, die über fünf Jahre in den Münchner Kammerspielen gehalten wurden (ohne daß freilich auch nur einer von den Autoren der nationalen Renaissance hier zu Worte kam).

Das nationale Schrifttum der achtziger Jahre hätte mit einer breiten Rezeption die Bonner Republik in ein deutsches Piemont verwandeln können. Die führenden Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wären für die Aufgaben, die am Ende des Jahrzehnts durch den Revolutionszyklus im Ostblock überraschend auf die Tagesordnung der Weltpolitik geworfen wurden, strategisch vorbereitet gewesen. Aber man wollte eben doch nichts mehr, als den Status quo erhalten.

So verfiel man einer fieberhaften Hektik, um die europäischen Einigungsprozesse unumkehrbar zu machen. Bonn genierte sich nicht, dem nationalen Verrat den monetären, ökonomischen und sozialen Verrat folgen lassen zu wollen. Es schickte sich an, den Griff nach der deutschen Mark, den Griff nach dem deutschen Leistungsstandard und den Griff nach dem deutschen Sozialstatus hinter der ehrenrettenden Erklärung der Harmonisierung hinzunehmen. Nach der Einbindung die Einebnung zu akzeptieren, erschien als das Friedensopfer, zu dem die Deutschen sittlich verpflichtet seien . . .

Da zerriß in einem unvorhergesehenen Moment die deutsche Revolution in der DDR das raffinierte Netz, in dem die deutsche Frage gefangen war. Die Wiedervereinigung zwischen den deutschen Ländern in der BRD und in der DDR wäre zu haben gewesen, wenn die Bevölkerung der DDR sie am 9. November 1989, als die Mauer unter dem Druck der Straße geöffnet wurde, sie verlangt hätte. Daran ließen die Reaktionen bei den Siegermächten, in den Nachbarländern und den neutralen Staaten keinen Zweifel. Mit dem Status quo waren auch seine Motive verbraucht. Es herrschte in jenen Tagen eine Atmosphäre vor wie in den dreißiger Jahren, als der Impetus von Versailles erlosch und die Signatarstaaten sich eingestanden, die Deutschen hätten ja recht, wenn sie das Diktat revidierten.

Das Volk in der DDR erwachte langsam, als löste es sich aus einer schweren Betäubung. Am Anfang war die Massenfucht über Budapest, Prag, Warschau, bei der über 200 000 jüngere Deutsche in den westlichen Teilstaat übersiedelten. Dann brachen Massendemonstrationen in den großen Städten aus; in Ostberlin ging eine Million auf die Straße. Sie erzwangen die Öffnung der Mauer und der Grenzen. Sie erzwangen den Rücktritt Honeckers, seines Nachfolgers Krenz und endlich der ganzen SED-Spitze. Sie erzwangen die Verhaftung des Ministerpräsidenten Stoph und des Staatssicherheitsdienstministers Mielke. Die Rufe „Deutschland, einig Vaterland!“, aus der unterdrückten Nationalhymne Bechers, erschollen erst, als die Begradigungen voranschritten. Die Rufe hörten jedoch nicht auf; sie wurden zahlreicher, lauter. Die Deutschen in der DDR erwachten langsam, aber gründlich.

Als es nach dem 9. November so aussah, als wollten die Massen nur Brot und Spiele, schien der Mantel Gottes an den Deutschen unergriffen vorbeigerauscht. Die Siegermächte gedachten bei sich, den Status quo wenigstens hier zu flicken. Aus Moskau waren Warnungen (Gorbatschow erklärte die

DDR zum „strategischen Verbündeten“) und aus den westlichen Hauptstädten Beschwichtigungen zu hören („Ja, aber jetzt nicht“, sagte Mitterrand zur deutschen Einheit). Die Botschafter der vier Mächte trafen sich zu einer Sitzung im Berliner Kontrollratsgebäude, als wollten sie das Regiment der Hohen Kommissare restaurieren. Forderungen nach Helsinki II erhoben sich, um ein besseres Instrument zur Gängelung der aus dem Ruder gelaufenen Deutschen zu schaffen, wie es hieß. Auf der Höhe von Malta trafen sich Gorbatschow und Bush, um das Abkommen von Reykjavik mit dem Zusatz zu bekräftigen, nichts zu unternehmen, was die deutsche Frage in Bewegung bringen könnte. Gleichwohl erklärten sie den Kalten Krieg für beendet.

„Die deutsche Frage wird es auch noch im 21. Jahrhundert geben, selbst dann, wenn das Brandenburger Tor durchlässig geworden und die innerdeutsche Grenze nach beiden Seiten offen sein sollte . . .“ So sah Helmut Schmidt in seiner römischen Rede zur Zügelung der Deutschen unsere Zukunft vor fünf Jahren. Mehr bezweckt heute die Vertragsgemeinschaft zwischen Ostberlin und Bonn gewiß nicht, wie sie der neue DDR-Ministerpräsident Hans Modrow ins Spiel brachte. Hier könnten auch Kohls zehn Punkte zur deutschen Einheit abrechnen. Man braucht in ihnen nicht einmal ehrenrettende Erklärungen zu vermuten: es genügt schon, an das Wahljahr 1990 zu denken, in dem ohne sie Kohl schlecht dastünde, um zu fragen, wie ehrlich es der Kanzler der Lügenrepublik meinen kann.

Wie Schmidt es sah, könnte es genau nach dem Ende des Status quo aussehen, wenn die deutsche Teilung nur auf der Doppelhegemonie der raumfremden Mächte beruhte. Eine zweite Voraussetzung war eine „ausreichende Stärke und Prosperität“, wie sie Washington 1942 für die drei deutschen Teilstaaten vorsah. Sie hätte sie nach dem Zerfall der russisch-amerikanischen Vorherrschaft auch garantieren können, aber es gibt sie in der DDR nicht mehr. Und es ist nicht vorstellbar,

wie die DDR nach der stattgehabten Revolution wieder politisch stabilisiert und wirtschaftlich saniert werden kann. An diesem factum brutum werden alle Versuche, die Spaltung aufrechtzuerhalten, zerschellen.

Jim Hoagland, der Bonn als Lügenrepublik spezifizierte, schrieb jüngst in der „Herald Tribune“: „Der Rest von Europa hat den springenden Punkt nicht begriffen. Hinter der Kraft, die die beiden Deutschlands zueinander drängt, steht nicht eine Regierung, die man durch diplomatische Manöver und Europagipfel behindern oder kontrollieren könnte. Hinter ihr steht das Volk.“

Bei den Westmächten erhebt sich auch schon eine fundamentale Kritik an den Brems- und Verhinderungspolitikern, die noch nicht begriffen haben, daß mit dem Verglühen des Status quo auch seine Optionen und Verträge verkohlen.

Nationalökonom und Nobelpreisträger Maurice Allais forderte, das Etablisement in Paris auf, den „bodenlosen Traum“ eines „von Frankreich beherrschten“, auf deutscher Teilung basierenden Europas zu beenden. Labourführer Neal Kinnock bekannte sich gegen Margaret Thatscher zu einer dynamischen Unterstützung der Vereinigungstendenzen; es gäbe sonst in Deutschland einen „backlash“ von rechts. Evans und Novak, Kolumnisten der „Washington Post“, griffen die Administration Bush an: würde sie nach Malta als Blockierer der deutschen Einheit auftreten, um Gorbatschow zufriedenzustellen, weckte sie nur den Geist von Rapallo und triebe die Deutschen in die Arme Rußlands.

David Calleo hatte 1981, als er die deutsche Teilung die Prämisse der Friedensordnung nach 1945 nannte, im Status quo weniger einen „Neuaufbruch er modernen Geschichte“ sehen wollen als einen „Urlaub von den alten Problemen.“ Diese Probleme kehren heute mit der Wucht geschichtlicher Logik zurück. Das Ende des Status quo besiegelt die mit zwei Weltkriegen verbundenen, mißlungenen Versuche der Alliierten, die deutsche Rolle in der Weltpolitik zu tilgen.